

Zensurdebatte im Reichstag.

Am Bundesratstisch: Staatssekretär Helfferich.

Kleine Anfragen.

Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft liegen zwei Anfragen vor, wovon die eine das Verbot von 22 Mitglieder-versammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit der Tagesordnung „Rassenbericht und Neuwahl des Vorstandes“ durch das Oberkommando in den Marken, die andere das Verbot eines Zeitungsartikels durch das Auswärtige Amt deshalb, weil sein Inhalt der Mehrheit einer Fraktion des Reichstages nicht gefallen möchte, betrifft.

Präsident Dr. Raempf erklärt hierzu: Nach § 53b der Geschäftsordnung unterbleibt der Aufruf einer Anfrage, wenn die Anfrage einen Gegenstand der Tagesordnung betrifft. Das ist bezüglich beider Anfragen der Fall, und daher kommen diese Anfragen nicht zum Aufruf.

Abg. Baffermann (ntl.) fragt, wie es sich mit dem Sterbegeld einer Sterbelasse für solche Versicherten verhält, die im Laufe des Krieges in Feindesland gefallen sind. Die Gerichte haben in solchen Fällen den Anspruch auf Sterbegeld abgewiesen, weil der Unterstufungsfall im Auslande eingetreten sei.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Der Unterschied zwischen im Inlande und im Auslande gestorbenen Versicherten in diesem Falle ist eine Unbilligkeit, die durch eine Bundesratsverordnung beseitigt werden wird.

Darauf folgt die

Fortsetzung der Zensurdebatte.

Abg. Noske (Soz.): Aus der Zensurdebatte haben die Abgg. Dertel, Hirsch und Wertin eine Propaganda für rücksichtslosen U-Bootkrieg gemacht, um gegen die Regierungspolitik Sturm zu laufen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dr. Dertel hat zwar als moderner Bona etwas mehr Redefreiheit für die Presse gefordert. Mit der Freiheit, die er fordert, ist dem deutschen Volke aber nicht gedient, denn das wäre eine sehr einseitige Freiheit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Regierung ist hier kein einziger Vertreter erstanden, andererseits hat sich aber herausgestellt, daß alle bürgerlichen Parteien die Aufrechterhaltung der Zensur und des Belagerungszustandes wünschen. Die Fortschrittler wollen zwar den Pelz waschen, sähen aber davor zurück, ihr Naß zu machen. Ich gebe zu, daß in den sogenannten westlichen Demokratien die Verhältnisse nicht besser sind als bei uns; das ändert aber nichts daran, daß sich bei uns Zensur und Belagerungszustand als zweifelslos und schädlich erwiesen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vom Regierungstisch sind die Beschwerden meines Freundes Emmel mit einer Handbewegung beiseite geschoben worden. Nun hat aber der Mühlhaufener Zensor es fertig gebracht, aus dem Reichstagsbericht über jene Sitzung alles das herauszustreichen, was ihm nicht paßte. (Hört! hört! links.) Das ist ein Maß von Unverschämtheit, das wir uns nicht bieten lassen können. (Lebh. Zustimmung links.) Die Regierung muß endlich den Herren Mores lehren, die sogar in Reichstagsberichten herumspukeln wollen. (Erneute Zustimmung links.) Das Vorgehen gegen die Schäfersche Petition war zweifellos ein unzulässiger Eingriff. Wir verurteilen diesen Uebergriff aufs schärfste, obwohl wir den Inhalt der Petition keineswegs billigen. Entschieden zu verurteilen ist auch die

Aufhebung der Freizügigkeit der Landarbeiter,

die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos verfügt worden ist. So werden die militärischen Befehlshaber zu einer Schutztruppe für rassistige Agrarier. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Bei der mangelnden Einheitlichkeit der Zensur streichen die Zensoren eben, was ihrer persönlichen Meinung widerspricht, wobei aber annerkennungsgewerliche Zensoren nur recht selten anzutreffen sind. Gegen die Uebergriffe einzelner Zensoren helfen alle unsere Reden und Beschlüsse nichts; will man keine Zensurdebatte haben, so muß man die Zensur restlos beseitigen. Die größere Schreibfreiheit über die Ernährungsfrage ist zu spät gekommen. Selbst Generäle und Behörden reden heute in Ausdrücken vom Lebensmittelwucher, die früher, wenn sie in der Presse gebraucht worden wären, sicher Verbot oder Vorzensur gebracht hätten. Der Hinweis auf die Wirkung im Ausland geht fehl; so gut wie wir über das Ausland unterrichtet sind, so ist es auch das Ausland über uns. Durch die Unterdrückungen der Wahrheit aber, daß sich hier und da erregte Leute ansammeln, gibt man den Auslandslügen über „Straßenkämpfe in Deutschland“ — die doch wahrlich in keinem Vergleich zu den irischen Vorgängen stehen! — Nahrung und züchtet die unglaublichsten Uebertreibungen.

Wir protestieren auf das Ernsteste gegen Zensurierung von Reichstagsberichten, wie das eben jetzt wieder in Mühlhausen an der Reichstagsrede des Abg. Emmel geübt wurde. Die Magdeburger „Vollstimme“ machte zu einer Rede des Staatssekretärs Solf die tatsächlich richtige Bemerkung, daß unsere Kolonien nur einen verschwindenden Teil des deutschen Rohstoffbedarfes decken. Das wurde gestrichen! Warum? — Die nationalliberale Resolution (Einschränkungen nur, soweit vom Interesse siegreicher Kriegführung gefordert) würde an den Zuständen nichts ändern, die fortschrittliche könnte zur militärischen noch eine zweite Zensur einführen. Stimmen Sie unserer Resolution auf Beseitigung der Zensur zu. Unser Staat und Volk können volle Meinungsfreiheit vertragen und brauchen sie. Die Rechte und die Nationalliberalen verlangen mehr Freiheit für sich, den Presknebel für die anderen. — Herr Hirsch hat hier große Tiraden auf die Garde angestimmt. (Präs. Raempf ruft den Redner zur Ordnung.) Es haben die alten und jungen Landstürmer dasselbe geleistet — man verschone uns also mit dem Gardekull! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn auch die Aufhebung der Zensur

vermehrte Strafen für die Presse

nach sich ziehen könnte, so fordern wir sie doch. Es ist gar keine Rede davon, daß die Kriegsziele und U-Bootforderungen der Herren Heydebrandt, Dertel, Hirsch, Martin usw. der Meinung des ganzen Volkes entsprächen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gehört doch ein großes Maß von Unbedenkenlichkeit dazu, wenn v. Heydebrandt, noch dazu unter Berufung auf den Volkswillen, zum Krieg mit Nordamerika riet. Das Volk wünscht keine Ausdehnung und keine Verlangsamung des Krieges. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man fordert den rücksichtslosen U-Bootkrieg jetzt als Mittel zur raschesten Beendigung des Krieges. Das ist ein ungeheure Irreführung des Volkes. Ebenso gefährlich ist es, wenn man von jener Seite versucht, Neutrale um den Versuch der Friedensvermittlung abzuschrecken. Um den Preis, den diese Leute fordern, ist der Frieden nicht zu haben, sie irren sich sehr, wenn sie meinen, daß das deutsche Volk für abenteuerliche Annerkennungspartien das Leben weiterer Hunderttausende aufs Spiel setzen will. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Natürlich verbitten auch wir uns jede Einmischung des Auslandes in unsere inneren Verhältnisse. Aber wenn Gey schimpft, so hat Herr Hirsch hier nicht Wilson zu beschimpfen. Vor dem Kriege haben sich die Freunde des Herrn Hirsch schüßend vor die Kriegslieferungen auch des deutschen Rüstungskapitals an unsere jehigen Feinde gestellt. Wir kennen das Wort, daß vor den Takuforts deutsche Matrosen aus deutschen Krupp-Lanonen zusammengeschossen wurden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Das deutsche Volk hat nichts gemein mit denen, die hier den Versuch einer Friedensvermittlung schmäheln.

Nicht Eroberungspläne lassen unser Volk diese Opfer bringen — es denkt nicht daran, die Tiraden nationalliberaler Heimkrieger außerhalb des Hauses zu unterschreiben — es harret aus für die Sicherheit der Heimat und weil Nikolaus, Grey und Poincaré noch keine Geneigtheit zum Frieden zeigen. Unser Volk lehnt die Unterdrückung anderer Völker, die von Deutschland nichts wissen wollen, ab, es lehnt einen Krieg bis zum Weißbluten ab, der nur eine Wiederholung des Krieges nach sich ziehen würde. Wir fordern Pressfreiheit, damit unser Volk den verantwortungslosen Heimkriegern und rücksichtslosen Torpedierern die Wahrheit sagen kann, daß es einen Frieden will, der seine Freiheit, Selbständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit sichert. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Oberst Hoffmann: Es sind hier scharfe Ausdrücke gegen die mit Zensurmaßnahmen befaßten Militärbefehlshaber gefallen, die ich zurückweise. (Bravol rechts. — Ohl b. d. Soz. Arb.) Brief- und Zeitungszensur sind keine Aufgaben, zu denen sich Militärbefehlshaber drängen. Sie obliegen dieser Pflicht, um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern. Die Debatte hier soll der Abstellung von Mißständen dienen; soll sie diesen Zweck erreichen, so wäre es wohl besser, Angriffe zu unterlassen. (Beifall rechts. — Unruhe b. d. Soz.) Herr Noske hat u. a. einen Erlaß des stellvertretenden Kriegsministers v. Wandel zitiert, der sich gegen den Abg. Bauer richtet. Der Erlaß weist darauf hin, daß diese Rede über die Tenierung schon hier im Reichstag großen Widerspruch gefunden hat und daß sie im Interesse des inneren Friedens nicht aus dem Zusammenhang und ohne Widerlegung verbreitet werden sollte. Dagegen ist wohl nichts zu sagen. (Beifall rechts. — Lebh. Widerspruch links.)

Abg. Gothein (Vpt.): Dieser Erlaß ist doch verfassungswidrig, denn die Reichsverfassung sichert die Freiheit der Verbreitung wahrheitsgetreuer Reichstagsberichte, und diese Verfassungsbestimmung ist durch kein Belagerungszustandsgesetz aufgehoben. — Gegenüber dem Abg. Dr. Dertel stelle ich fest, daß das Verbot des „Tageblatts für Vorpommern“ unter Bezugnahme auf eine zweite Verwarnung erfolgte, die aber zur Zeit des Erscheinens des Artikels, der das Verbot nach sich zog, noch nicht eingegangen war. Wenn Abg. Dr. Dertel es getadelt hat, daß von dem Abg. Dießing von einer Nötigung des stellvertretenden Generalkommandos gegenüber dem Verlag gesprochen wurde, so stelle ich fest, daß der liberale Verein für Vorpommern sich an das Generalkommando wegen Aufhebung des Verbots gewandt und das Generalkommando in seinem Antwortschreiben ausdrücklich erklärt hatte, die Genehmigung zum Erscheinen des Blattes würde erst dann erteilt,

wenn der Redakteur nicht mehr da sei.

Erst daraufhin hat sich der Verleger zur Entlassung des Redakteurs bereit erklärt, und einige Tage darauf wurde er von dem Bürgermeister jedenfalls im Auftrag des Generalkommandos gedrängt, die Entlassung nunmehr auch zu vollziehen. (Lebh. Hört! Hört! links.) Die Oberzensurstelle ist seinerzeit ausdrücklich dazu geschaffen worden, um eine Einheitlichkeit in die Zensur zu bringen. Dieses Ziel ist in keiner Weise erreicht worden. Trotz der Anrufung der Oberzensurstelle stehen meine Artikel in der „Mittelzeitung“ unter Zensur, während ich anderswo frei schreiben kann. (Hört! Hört! links.) Die uns hier im Reichstag gegebenen Zusagen werden draußen nicht beachtet. Der „Völkerruf“, die Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft, ist seit langem verboten, obwohl sie vorher unter Präventivzensur gestanden und sich all ihren Wünschen gefügt hat. Dagegen können in leidenschaftlicher Sprache gehaltene alldeutsche Blätter mit Angriffen auf die Regierung weiter erscheinen, und sie werden sogar massenhaft in den Schützengräben verbreitet. Als Ersatz für die verbotene Zeitschrift hat die Friedensgesellschaft periodische Nachrichten für ihre Mitglieder eingeführt. Die Zensur hat von vornherein erklärt, daß in diesen Nachrichten für die Ideen der Friedensbewegung keine Propaganda gemacht werden dürfe. Die seit 1903 bestehende Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft ist unterdrückt worden, obwohl das Verzeichnis der von ihr verbreiteten Schriften vorher von der Zensur genehmigt war. Begründung: sie hätte pazifistische Schriften vertrieben. (Zuruf rechts!) Ja, sollte sie vielleicht die Schriften des Generals v. Bernhardt vertrieben? Das wäre allerdings vielleicht die beste Propaganda gewesen! (Sehr gut! links.) Die Schließung erfolgte mit der absolut unzutreffenden Begründung, die Buchhandlung hätte die Schandchrift „J'accuse“ verbreitet, die indessen dem einen Inhaber zugeschickt und von ihm an einen Freund weitergegeben war, damit er eine Gegenschrift schreiben könnte. Die Buchhandlung wurde auch deshalb geschlossen, weil ihre Tätigkeit sich über die Mitglieder hinausstreckte. Das tut doch jede Buchhandlung. Ist denn die Friedensgesellschaft gemeingefährlich? Sie hat eine

ausserordentlich wertvolle charitative Tätigkeit

entfaltet, den Briefverkehr mit Gefangenen, Sendungen an diese usw. ermöglicht, was auch durch Ordensverleihung an den Sekretär anerkannt wurde.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellte dem Abg. Stresemann gegenüber fest, daß die Anordnung der Zensur betr. das Verbot der Veröffentlichung der vom nationalliberalen Vorstand angenommenen Erklärung ohne irgendwelche Anregung erfolgt sei und wies dem Abgeordneten Noske gegenüber darauf hin, daß er als Schatzsekretär selbst darauf hingewirkt habe, daß das Verbot einer Verhandlung in der über Steuerfragen gesprochen werden sollte, zurückgezogen werden soll. Die Zensur selbst bezeichnete er als unentbehrlich, solange sich im Volke so gegenätzliche Auffassungen entgegenständen, wie sie auch im Reichstag zutage getreten seien. Alsdann ergriff der konservative Abgeordnete v. Graefe das Wort.